

Regierungsratsbeschluss

vom 2. März 2010

Nr. 2010/384

Vernehmlassung zur Umsetzung und Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie zum Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz (Zeugenschutzgesetz, ZeugSG)
Schreiben an das Bundesamt für Polizei fedpol, Bern

1. Erwägungen

Das Bau- und Justizdepartement unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Polizei fedpol betreffend die Umsetzung und Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie den Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz (Zeugenschutzgesetz, ZeugSG) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Polizei fedpol betreffend die Umsetzung und Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie den Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz (Zeugenschutzgesetz, ZeugSG) wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Polizei fedpol vom 2. März 2010

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst Justiz (FF) (3)
Obergericht
Gerichtskonferenz
Staatsanwaltschaft
Jugendanwaltschaft

Kantonspolizei

Ratsleitung (8)

Medien (jae)